



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

Taxi- und Mietwagenverband Deutschland e.V. | Wilhelmstraße 77 | 10117 Berlin

Markus Söder MdL
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
Parteivorsitzender der CSU
mpr-buero@stk.bayern.de

Friedrich Merz MdB
Bundvorsitzender der CDU
Fraktionsvorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
friedrich.merz@bundestag.de

Berlin, den 19.02.2024

Brandbrief zum Wachstumschancengesetz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender,
lieber Herr Söder,

sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender und CDU-Vorsitzender,
lieber Herr Merz,

im Namen des Taxi- und Mietwagenverbandes Deutschland darf ich Sie als Union ermutigen bei den Verhandlungen zum sogenannten Wachstumschancengesetz im Vermittlungsausschuss am kommenden Mittwoch konsequent und klar bei Ihrer Linie zu bleiben.

Bei der Demonstration der Landwirte vor dem Brandenburger Tor am 15. Januar hat es sich gezeigt, dass sie mit ihren berechtigten Forderungen den übergroßen Teil des Mittelstandes an ihrer Seite wissen. Ja, es geht darum die Streichung des Agrardiesels vollumfänglich wieder zurückzunehmen.

Aber es geht um viel mehr. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie die Politik mit dem Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft umgeht.

Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung fast von einem Tag auf den anderen den CO₂-Preis mittelstandsfeindlich um 50 Prozent erhöht - mit massiven Auswirkungen auf unser Gewerbe und alle Unternehmen aus der Mobilitätsbranche - die Förderungen für E-Mobilität im gewerblichen und privaten Bereich ohne Vorlauf kippt und für die Land- und Forstbetriebe die Steuervorteile beim Agrardiesel und der KFZ-Steuer ohne Konzept streichen will.

Dies ist ein respektloses Vorgehen. Wenn der Vermittlungsausschuss ein wirkliches Zeichen der Förderung des Mittelstandes setzen wollte, würde er mutig die Rücknahme all dieser undurchdachten Maßnahmen in das Gesetz mitaufnehmen.

Wir leben als Mittelstand Verlässlichkeit und fordern dies auch von der Politik ein.

Deswegen sind wir auch in großer Sorge um die indirekten Auswirkungen dieses Gesetzes, das als ein wirklicher Wurf, der der Wirtschaft helfen sollte, erhebliche Nachbesserungen bräuchte. Denn hier ist ein massives Ungleichgewicht vor allem bei den Finanzen offensichtlich.

Der Bund, der für die notwendigen Investitionen das Geld im Haushalt einstellen müsste, wälzt große Teile der finanziellen Verantwortung auf die Länder und vor allem auf die Kommunen ab. Allein aus diesem Gesetz kommt es zu Mindereinnahmen der Kommunen von 9 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren. Zum schon vorhandenen Investitionsrückstau von 165 Milliarden Euro kommen mit allen anderen beschlossenen Maßnahmen auf Städte, Gemeinde und Kreise in der Summe 30 Milliarden Mindereinnahmen bis 2027 zu. Dies wird katastrophale Auswirkungen auf die Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Bildung vor Ort haben.

Der Bund will sich feiern lassen, die Kommunen sollen zahlen und der Mittelstand bekommt es zu spüren. Aus dieser fatalen Spirale müssen wir herauskommen.

Deswegen ist es richtig, dass Sie der Ampelregierung hier die rote Karte gezeigt haben, da sie selbst nicht bereit war seit November sinnvolle Nachbesserungen auf den Tisch zu legen. Es kann nicht sein, dass über Monate eine Entscheidung herausgezögert wird, die dringend zur Fortentwicklung des Standortes Deutschland gebraucht wird. Dieser gordische Knoten muss jetzt am Mittwoch durchschlagen werden und so aus dem sogenannten Wachstumschancengesetz ein echtes Mittelstandsfördergesetz werden.

Mit den besten Grüßen
des Taxi- und Mietwagenverbandes Deutschland
verbleibe ich

Ihr



Patrick Meinhardt MdB a.D.
TMV-Bundesgeschäftsführer